Die Tugend des Ankündigens : institutionalisiertes Problem

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **119 (1993)**

Heft 33

PDF erstellt am: **26.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-614618

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

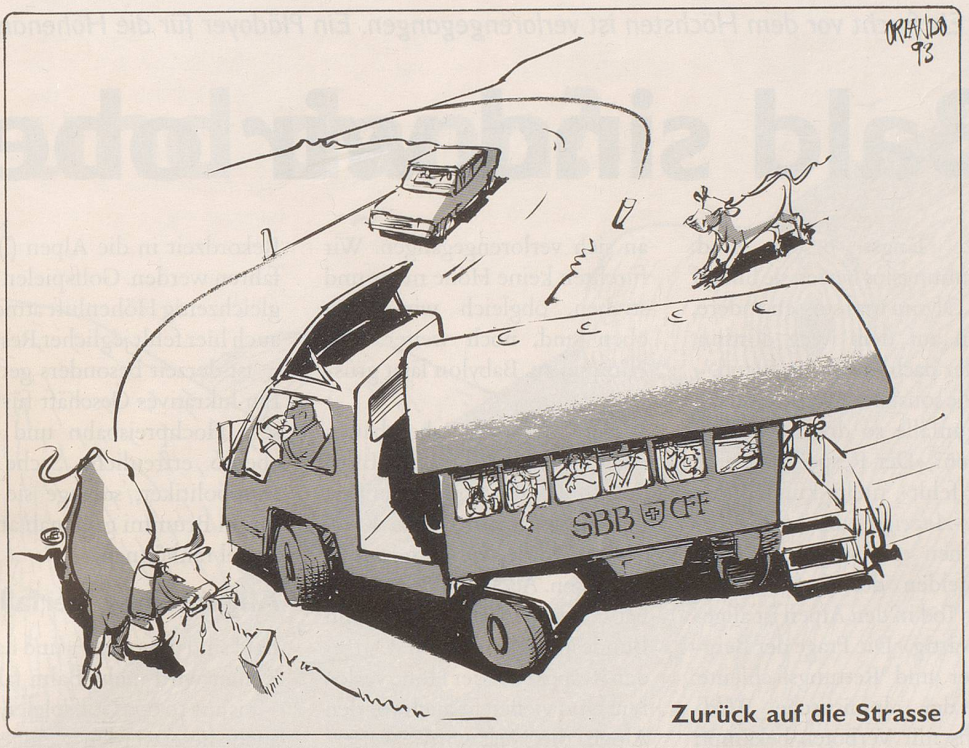
Spitzenleistungen müssen her!

Bei den Beamten muss beginnen ...

Dass Politiker nur noch Terminen, Mandaten und Taggeldern nachrennen und dabei kaum mehr Zeit finden für eine schöpferische Phase, ist ein Vorurteil der übelsten Sorte: Wer es immer noch pflegt, muss sich von SVP-Präsident Hans Uhlmann Lügen strafen lassen. In einem Denkprozess ist er auf eine «Zusatzvariante» in der aktuellen Revitalisierungsdiskussion gestossen und propagiert jetzt mit einer Überzeugungskraft, die ihresgleichen sucht, mehr Bürgernähe in den Verwaltungen von Bund, Kantonen und Gemeinden.

Ausgehend von der Feststellung, dass das Volk der Beamtenschaft offenbar keine «Spitzenleistungen» mehr zutraue, lässt er im SVP-Pressedienst den Versuchsballon steigen, wie es denn wäre, wenn sich diese fortan «benutzerfreundlicher und unbürokratischer» geben würden.

Gegen diese Forderung gibt es nichts einzuwenden. Uhlmanns Hintergedanken sind für einmal von einer geradezu exemplarischen Unverdächtigkeit: Bürgernähere Verwaltungen werden nicht nur die Stimmung verbessern, es würden sich dadurch auch «Erfolge im Kampf für verbesserte Standortqualitäten» einstellen. Frei nach dem Motto: Im Kleinen ist zu beginnen, wenn es wieder aufwärtsgehen soll mit dem Vaterland.



ORLANDO EISENMANN

Zurück auf die Strasse

Die Tugend des Ankündigens:

Institutionalisiertes Problem

Es könnte ja sein, dass nicht Flavio Cotti das Problem ist, sondern dass wir es mit einer institutionalisierten Unsitte zu tun haben. Sehr zu seinem Missfallen, aber nicht ganz unzutreffend, wurde der Tessiner Bundesrat vor langer Zeit einmal – ausgerechnet in der ihm nahestehenden CVP-Presse – als Ankündigungsminister tituliert. Diese Qualifizierung sollte er fortan nicht mehr loswerden, auch nicht nach seinem Wechsel ins EDA.

Völlig verdutzt musste die *SonntagsZeitung*-lesende Bevölkerung jetzt aber zur Kenntnis nehmen, dass auch Ruth Dreifuss, Cottis Nachfolgerin im Innenministerium, die Tugend des Ankündigens meisterhaft beherrscht. Während alle Kulturbeflissenen fieberhaft orakeln, wer denn wohl künftig das Bundesamt für Kultur dirigieren wird, linderte die Neo-Bundesrätin die schier unerträglich gewordene Spannung mit der Versicherung, der Chefposten werde im September vergeben. Diese Bekanntmachung nährt den Verdacht, dass der Ankündigungsvirus mittlerweilen unausrottbar im EDI verbreitet ist. Da bleibt nur die Hoffnung, dass Cotti nicht auch noch die restlichen fünf Departemente heimsuchen wird.

Adolf Ogi: Vision 2000:

Nachdenken gestattet

Eine Jahrtausendwende zu erleben, ist erfahrungsgemäss längst nicht allen Generationen vergönnt. So kann es denn all jenen, die damit rechnen können, die Nacht vom 31.12.99 auf den 1.1. des Jahres 2000 hienieden, im Diesseits zu verbringen, nicht verargt werden, wenn sie dieses Ereignis schon im voraus weidlich auskosten. Insbesondere Adolf Ogi, der amtierende Bundespräsident, hat an diesem Termin den Narren gefressen. Bis dahin muss so ziemlich alles erledigt sein, was in seinem Departement als Pendenz ansteht, wobei sich natürlich sofort die Frage stellt, was denn seine beamteten Mitarbeiter danach tun und lassen sollen.

Bis sich dieses Problem aber ernsthaft stellt, müssen sie sich, angeführt vom grossen Motivator Ogi, gehörig ins Zeug legen. Hängig ist ja nicht nur die «Bahn 2000», sondern – unter dem Arbeitstitel «Energie 2000» – sollte auch noch mit den Störefrieden der Anti-KKW-Szene zuerst ein Waffenstillstand und dann der Energiefriede geschlossen werden. Als ob das nicht schon Arbeit genug wäre, hat sich Ogi nun auch noch die «Vision 2000» aufgebürdet. Das kann selbstverständlich alles und jedes heissen, soll uns aber, wie der Vater der visionären Idee in einem Fernsehinterview bekannte, vor allem «zum Nachdenken zwingen». Wohlverstanden: nicht etwa bloss anregen, sondern «zwingen». Dank Adolf Ogi wissen wir nun, a) was wir bislang sträflich vernachlässigt und b) was wir ab sofort zu unternehmen haben, damit die Schweiz doch noch die Kurve kriegt. In Anbetracht dieser Parforce-Übung, die uns alle erwartet, ist einzig noch die Aussicht tröstend, dass in sieben Jahren und rund viereinhalb Monaten der Spuk vorbei sein wird, und wir mit unseren Gehirnzellen dann wieder anstellen können, nach was uns gerade beliebt.